

Gewählte Vertreter und Verantwortliche: Sachwalter oder Visionäre? Beides!



Jean Martin

«Der Prophet gilt nichts im eigenen Land», sagt das geflügelte Wort. In früheren Zeiten schlug man dem Überbringer schlechter Nachrichten den Kopf ab, und eine Cassandra wird nirgends gern gehört. In einer Welt, in der die Veränderung das einzig Beständige ist (und die Utopie die einzig realistische Position?), stehen die gewählten Vertreter – ob in der Politik, im Verbandswesen (zum Beispiel in einer ärztlichen Gesellschaft) oder andernorts – immer stärker im Spannungsfeld häufig widersprüchlicher Anforderungen: Einerseits müssen sie die aktuellen Interessen ihrer Wähler/Mitglieder vertreten und verwalten, andererseits prospektiv handeln und den Weg in eine Zukunft bereiten, die von Risiken und mithin der Möglichkeit von Rückschlägen und Verlusten geprägt ist.

Wir erinnern uns: Churchill wurde, nachdem er nichts als Blut, Schweiß und Tränen in Aussicht gestellt und eine tragende Rolle beim Sieg der Alliierten gespielt hatte, vom Wähler nach Hause geschickt. Ähnlichen Problemen sieht sich derzeit Präsident Obama gegenüber. Seine Wahl stand im Zeichen glühenden Erneuerungswillens, in einem Land, das von überholtem Messianismus und Schwarz-Weiss-Denken («Wir haben die Lösungen»; «Wir gebieten euch zu bekennen, ob ihr für oder gegen uns seid, ob ihr mit der Achse des Bösen sympathisiert») und von äusserst fragwürdigen militärischen Einsätzen gelähmt war. Die Regierung Obama hat grosse Baustellen in Angriff genommen, die für das Land und die Welt dringend anstehen: Reformen im Finanz- und im Gesundheitssystem sowie den Klimawandel. Doch eine Wahlniederlage im Januar 2010 hat die Arbeiten praktisch zum Erliegen gebracht, auf den grossen Zukunftsbaustellen geht es mit halber Kraft voran.

Bei uns in der Schweiz, wenn es um die Gesundheitsversorgung, deren Finanzierung (Managed Care, DRG) oder die Gesundheitsberufe (Ausbildungsgänge, Berufsprofile – Allgemeinmedizin und innere Medizin usw.) geht, sind die Verantwortlichen das Ziel häufig heftiger Kritik aus der Praxis – manchmal denkt man an den berühmten Satz: «Wer solche Freunde hat, braucht keine Feinde mehr.» Natürlich soll hiermit nicht gesagt werden, dass die Kritik von der Basis unberechtigt wäre; sie ist durchaus verständlich. Aber es ist eine Tatsache, dass der Wähler bzw. der Verbandskollege dort draussen eine Frage nicht immer in ihrem ganzen Zusammenhang erfassen kann. Genauso wie es sinnvoll ist, seine Anmerkungen und Kritik zu äussern, ist es auch wichtig, den Verantwortlichen und ihren Erläuterungen zuzuhören. Dies unter der Voraussetzung, dass diese Verantwortlichen vertrauenswürdig sind.

Prof. Höffe, der neue Präsident der Nationalen Ethikkommission, schrieb kürzlich: «Ist die Demokratie zukunftsfähig?» [1] Eine exzellente Frage. Selbst wenn es nicht darum gehen kann, das allgemeine Wahlrecht abzuschaffen, dieses «schlechteste System mit Ausnahme aller anderen», «das Volk» kann auch irren, bis hin zu dem Punkt, an dem es die Grundrechte anderer mit Füssen tritt. Das Problem sind hier weniger gelegentliche Fehlentscheidungen als vielmehr die Fokussierung auf die kurze Sicht, auf die zu achten die gewählten Entscheidungsträger (zu stark) gezwungen sind, wenn sie nicht sehr bald «Ex-Entscheidungsträger» sein wollen ... Erschwerend kommt hinzu, dass unsere Systeme superstabil sind, geradezu allergisch gegen Veränderungen, selbst wenn diese unumgänglich wären – davon können wir in der Schweiz ein Lied singen.

Das Problem ist nicht neu, aber es verschärft sich, weil die Entwicklung rapide voranschreitet – siehe den G-20-Gipfel, Kopenhagen oder das WEF in Davos mit ihren unbefriedigenden Ergebnissen. Der französische Philosoph Jean-Pierre Dupuy spricht von einem «aufgeklärten Katastrophismus», der Denken und Handeln leiten muss; und das sind nicht nur wohlfeile Worte.

Wenn man sich umsieht, ist das nicht sehr ermutigend – man sieht hauptsächlich Menschen, die keine Anstalten machen, die Augen über den eigenen Tellerrand zu heben. Unter anderem ist (oder wäre) es wichtig, den Verantwortlichen eine Funktion als «Propheten» zuzuerkennen und diese zu schätzen – entgegen dem Sarkasmus der selbsternannten Realisten, die man überall antrifft, am häufigsten aber logischerweise in den konservativen (im Sinne von wenig erneuerungsfreudigen) Lagern jeder Couleur. In ihren Augen ist es bisher gutgegangen und wird noch eine Weile weiter gutgehen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nicht die möglichen «Alarmisten» sind, die unsere (Über)lebensbedingungen gefährden, sondern diese hauptberuflichen Skeptiker. Wir brauchen dringend mutige Führungspersonlichkeiten, die das in Parlamenten häufig anzutreffende «Nur-nicht-zu-viel-wagen» überwinden.

Es geht hier nicht darum, denen, die wir gewählt haben, blind zu folgen; denn konstruktive Kritik ist nützlich, und es soll keine Schwarzmalerei betrieben werden. Doch es ist wünschenswert, dass die Gewählten auch die Rolle des «Propheten» übernehmen – auch das gehört zu ihren Aufgaben.

Dr. med. Jean Martin, Mitglied der Redaktion

1 Höffe O. Ist die Demokratie zukunftsfähig? München: Verlag C.H. Beck; 2009.